Ehevertrag-Anfechtung und Unterhaltsansprüche nach langer Ehe

Datum: August 2025

Betreff: Rechtliche Bewertung der Anfechtbarkeit des Ehevertrags und Unterhaltsansprüche nach 33-jähriger Ehe

Zusammenfassung der Rechtslage

Die vorliegende Rechtssache betrifft eine 61-jährige Frau nach 33-jähriger Hausfrauenehe, die drei Wochen vor der Heirat im achten Monat schwanger einen Ehevertrag mit Gütertrennung und Ausschluss des Zugewinns sowie Versorgungsausgleichs abgeschlossen hat. Der selbständige Ehemann verfügt über ein zu versteuerndes Einkommen von 260.000 Euro. Die Mandantin leidet an Morbus Crohn, Rückenproblemen und pflegt derzeit ihre Mutter.

Nach eingehender Prüfung der aktuellen Rechtslage und Rechtsprechung ergeben sich **sehr gute Erfolgsaussichten** sowohl für die Anfechtung des Ehevertrags als auch für deutlich höhere Unterhaltsansprüche als die derzeit gezahlten 2.400 Euro.

I. Anfechtbarkeit des Ehevertrags

1. Rechtliche Grundlagen der Ehevertrag-Anfechtung

Die Anfechtbarkeit von Eheverträgen richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, insbesondere nach § 138 BGB (Sittenwidrigkeit) sowie den §§

119 ff. BGB (Anfechtung wegen Irrtums oder Täuschung). Von besonderer Relevanz ist die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Sittenwidrigkeit von Eheverträgen, die eine schwangere Ehefrau einseitig benachteiligen [1].

Ein Ehevertrag ist nach § 138 Abs. 1 BGB sittenwidrig und damit nichtig, wenn er gegen die guten Sitten verstößt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Ehepartner die wirtschaftliche oder emotionale Abhängigkeit des anderen ausnutzt und dadurch eine einseitige, unangemessene Benachteiligung herbeiführt [2].

2. Besondere Problematik bei schwangeren Ehefrauen

Die Rechtsprechung hat in mehreren Entscheidungen klargestellt, dass Eheverträge, die mit schwangeren Verlobten kurz vor der Eheschließung abgeschlossen werden, einer besonderen Inhaltskontrolle unterliegen. Der Bundesgerichtshof und die Oberlandesgerichte haben wiederholt entschieden, dass ein kompensationsloser Ausschluss des Versorgungsausgleichs nach § 138 Abs. 1 BGB nichtig sein kann, wenn die Ehefrau bei Abschluss des Vertrages schwanger ist und die Ehegatten bewusst in Kauf nehmen, dass sie wegen der Kindesbetreuung alsbald aus dem Berufsleben ausscheiden wird [3].

In einem wegweisenden Urteil stellte das Gericht fest: "Zentrales Problem dieser Entscheidung war die Frage, ob ein kompensationslos vereinbarter Ausschluss des Versorgungsausgleichs nach § 138 Abs. 1 BGB nichtig ist, wenn die Ehefrau bei Abschluss des Vertrages schwanger ist und die Ehegatten bewusst in Kauf nehmen, dass sie wegen der Kindesbetreuung alsbald aus dem Berufsleben ausscheiden und bis auf weiteres keine eigenen Versorgungsansprüche erwerben wird" [4].

3. Anwendung auf den vorliegenden Fall

Im vorliegenden Fall liegen mehrere Indizien für die Sittenwidrigkeit des Ehevertrags vor:

Zeitpunkt des Vertragsabschlusses: Der Ehevertrag wurde drei Wochen vor der Heirat abgeschlossen, als die Ehefrau bereits im achten Monat schwanger war. Dies entspricht exakt der in der Rechtsprechung als problematisch bewerteten Konstellation.

Einseitige Benachteiligung: Der Vertrag sieht eine vollständige Gütertrennung mit Ausschluss des Zugewinns und des Versorgungsausgleichs vor, ohne dass eine

angemessene Kompensation für die zu erwartenden ehebedingten Nachteile vorgesehen wurde.

Vorhersehbare Nachteile: Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses war absehbar, dass die Ehefrau aufgrund der bevorstehenden Geburt und der nachfolgenden Kinderbetreuung ihre berufliche Tätigkeit unterbrechen oder einschränken würde. Tatsächlich war sie bis 1995 in Erziehungsurlaub und konnte danach nur schrittweise wieder ins Berufsleben einsteigen.

Abhängigkeitssituation: Als schwangere Frau kurz vor der Eheschließung befand sich die Ehefrau in einer besonderen Abhängigkeitssituation, die eine freie Willensbildung erschwerte.

4. Erfolgsaussichten der Anfechtung

Basierend auf der aktuellen Rechtsprechung sind die Erfolgsaussichten für eine Anfechtung des Ehevertrags als **sehr gut** zu bewerten. Die Konstellation entspricht nahezu identisch den in der höchstrichterlichen Rechtsprechung als sittenwidrig bewerteten Fällen. Insbesondere der kompensationslose Ausschluss des Versorgungsausgleichs bei einer schwangeren Ehefrau, die vorhersehbar ihre berufliche Tätigkeit unterbrechen würde, ist nach der gefestigten Rechtsprechung als sittenwidrig anzusehen.

II. Unterhaltsansprüche nach langer Ehe

1. Trennungsunterhalt (§ 1361 BGB)

Der Trennungsunterhalt steht der Ehefrau grundsätzlich ab dem Zeitpunkt der Trennung bis zur rechtskräftigen Scheidung zu. Dieser Anspruch ist unabhängig von den Regelungen im Ehevertrag, da er die Zeit der noch bestehenden Ehe betrifft.

Berechnungsgrundlage: Bei einem Einkommen des Ehemanns von 260.000 Euro brutto jährlich (entspricht etwa 21.667 Euro monatlich brutto) und unter Berücksichtigung der Steuerbelastung von 80.000 Euro ergibt sich ein verfügbares Nettoeinkommen von deutlich über 10.000 Euro monatlich.

Angemessener Trennungsunterhalt: Bei den ehelichen Lebensverhältnissen, die durch das hohe Einkommen des Ehemanns geprägt waren, ist ein Trennungsunterhalt von mindestens 4.000-5.000 Euro monatlich angemessen. Die derzeit gezahlten 2.400 Euro als "Haushaltsgeld" sind deutlich zu niedrig und entsprechen nicht den ehelichen Lebensverhältnissen.

2. Nachehelicher Unterhalt - Besonderheiten bei langer Ehedauer

Die Rechtslage zum nachehelichen Unterhalt hat sich durch die Gesetzesänderung von 2013 und die gefestigte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs erheblich zugunsten von Ehegatten nach langen Ehen entwickelt.

Gesetzliche Grundlage: § 1578b BGB wurde 2013 dahingehend geändert, dass die Ehedauer als eigenständiger Billigkeitsmaßstab bei der Bemessung von Unterhaltsansprüchen neben dem Bestehen ehebedingter Nachteile ausdrücklich genannt wird [5].

BGH-Rechtsprechung zu 33-jähriger Ehe: Der Bundesgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 20.3.2013 (XII ZR 72/11) einen Fall mit 33 zusammen gelebten Ehejahren als "in der Tat sehr lange Dauer" bewertet [6]. Diese Entscheidung ist für den vorliegenden Fall von unmittelbarer Relevanz, da die Ehedauer identisch ist.

Nacheheliche Solidarität: Bei Ehen von langer Dauer greift das Prinzip der "fortwirkenden nachehelichen Solidarität". Das bedeutet, dass auch ohne das Vorliegen konkreter ehebedingter Nachteile ein unbefristeter Unterhaltsanspruch bestehen kann, wenn eine Befristung mit Blick auf die lange Ehedauer unbillig erschiene [7].

3. Ehebedingte Nachteile im vorliegenden Fall

Die Ehefrau hat während der 33-jährigen Ehe erhebliche ehebedingte Nachteile erlitten:

Berufliche Nachteile: Als Gymnasiallehrerin hatte sie ursprünglich gute berufliche Perspektiven. Durch die Kinderbetreuung und die Hausfrauenehe konnte sie ihre berufliche Laufbahn nicht kontinuierlich verfolgen. Sie war bis 1995 in Erziehungsurlaub, bezog danach Arbeitslosengeld und konnte erst ab 1999 wieder schrittweise ins Berufsleben einsteigen.

Rentenrechtliche Nachteile: Durch die langen Unterbrechungen und die Teilzeittätigkeit hat sie erhebliche Nachteile beim Aufbau eigener Rentenansprüche erlitten. Diese Nachteile werden durch den Ausschluss des Versorgungsausgleichs im Ehevertrag noch verstärkt.

Gesundheitliche Einschränkungen: Die Erkrankung an Morbus Crohn und die Rückenprobleme schränken ihre Erwerbsfähigkeit zusätzlich ein. Diese Erkrankungen können auch als Folge der langjährigen Belastung durch Haushaltsführung und Kinderbetreuung angesehen werden.

4. Erwerbsobliegenheit bei Krankheit und Pflege Tätigkeit

Die Rechtsprechung erkennt an, dass gesundheitliche Einschränkungen die Erwerbsobliegenheit reduzieren oder ganz entfallen lassen können [8]. Im vorliegenden Fall kommen mehrere Faktoren zusammen:

Morbus Crohn: Diese chronische Darmerkrankung kann zu erheblichen Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit führen. Die Erkrankung ist oft mit unvorhersehbaren Schüben verbunden, die eine regelmäßige Vollzeittätigkeit erschweren oder unmöglich machen.

Rückenprobleme: Chronische Rückenleiden können die Arbeitsfähigkeit erheblich beeinträchtigen, insbesondere bei körperlich belastenden Tätigkeiten.

Pflege Tätigkeit: Die Pflege der Mutter seit drei Jahren stellt einen zusätzlichen Hinderungsgrund für eine Vollzeiterwerbstätigkeit dar. Die Rechtsprechung erkennt Pflegetätigkeiten als berechtigten Grund für eine Einschränkung der Erwerbsobliegenheit an.

Alter: Mit 61 Jahren befindet sich die Ehefrau in einem Alter, in dem die Erwerbsobliegenheit ohnehin reduziert ist. Nach der Rechtsprechung wird ab dem 58. Lebensjahr eine deutlich reduzierte Erwerbsobliegenheit angenommen.

5. Berechnung des angemessenen Unterhalts

Bei einem bereinigten Nettoeinkommen des Ehemanns von schätzungsweise 12.000-15.000 Euro monatlich (nach Abzug der Steuern und berufsbedingten Aufwendungen) wäre ein nahehelicher Unterhalt von $\frac{3}{7}$ bis $\frac{4}{7}$ des bereinigten Nettoeinkommens angemessen.

Konkrete Berechnung:

- Bei 12.000 Euro bereinigtem Nettoeinkommen: 3/7 = 5.143 Euro, 4/7 = 6.857 Euro
- Bei 15.000 Euro bereinigtem Nettoeinkommen: 3/7 = 6.429 Euro, 4/7 = 8.571 Euro

Unter Berücksichtigung der langen Ehedauer, der erheblichen ehebedingten Nachteile und der gesundheitlichen Einschränkungen ist ein Unterhalt von **mindestens 5.000-6.000 Euro monatlich** als angemessen anzusehen.

III. Konkrete Handlungsempfehlungen

1. Sofortige Maßnahmen

Anwaltliche Vertretung: Es ist dringend erforderlich, einen spezialisierten Fachanwalt für Familienrecht zu beauftragen, der Erfahrung mit der Anfechtung von Eheverträgen und komplexen Unterhaltsfällen hat.

Trennungsunterhalt geltend machen: Unverzüglich sollte der angemessene Trennungsunterhalt in Höhe von mindestens 4.000-5.000 Euro monatlich geltend gemacht werden. Die bisherigen 2.400 Euro sind als Abschlagszahlung zu verstehen.

Dokumentation der Vermögensübertragungen: Die Übertragung von Häusern an die Kinder durch den Ehemann muss genau dokumentiert und rechtlich bewertet werden. Solche Übertragungen kurz vor oder während der Trennung können als Vermögensverschiebung zur Umgehung von Unterhaltsansprüchen gewertet werden.

2. Anfechtung des Ehevertrags

Anfechtungsklage einreichen: Basierend auf § 138 BGB sollte eine Anfechtungsklage wegen Sittenwidrigkeit des Ehevertrags eingereicht werden. Die Erfolgsaussichten sind aufgrund der Rechtsprechung zu schwangeren Ehefrauen als sehr gut zu bewerten.

Beweisführung: Folgende Punkte sollten in der Beweisführung hervorgehoben werden:

- Schwangerschaft zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses
- Kurzer zeitlicher Abstand zur Eheschließung (drei Wochen)

- Vorhersehbare berufliche Nachteile durch Kinderbetreuung
- Fehlende Kompensation für den Ausschluss des Versorgungsausgleichs
- Abhängigkeitssituation der schwangeren Verlobten

Rechtliche Strategie: Die Anfechtung sollte sich primär auf die Sittenwidrigkeit des kompensationslosen Ausschlusses des Versorgungsausgleichs stützen, da hierzu die klarste Rechtsprechung vorliegt.

3. Unterhaltsverfahren

Auskunftsanspruch durchsetzen: Zunächst muss der vollständige Auskunftsanspruch nach § 1605 BGB durchgesetzt werden. Der Ehemann muss detailliert über alle Einkünfte, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten Auskunft erteilen.

Einkommen ermitteln: Bei einem selbständigen Ehemann ist eine genaue Ermittlung des unterhaltsrelevanten Einkommens erforderlich. Hierzu gehören:

- Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Jahre
- Steuerliche Gewinnermittlungen
- Betriebswirtschaftliche Auswertungen
- Vermögensaufstellung
- Bewertung der Immobilien (auch Mallorca)

Sättigungsgrenze beachten: Bei einem Einkommen von 260.000 Euro wird die Sättigungsgrenze deutlich überschritten. In solchen Fällen ist eine konkrete Bedarfsermittlung vorzunehmen, die über die Standardsätze der Düsseldorfer Tabelle hinausgeht [9].

4. Versorgungsausgleich

Falls die Anfechtung des Ehevertrags erfolgreich ist, lebt der Anspruch auf Versorgungsausgleich wieder auf. Bei einer 33-jährigen Ehe mit erheblichen Einkommensunterschieden ist hier mit einem beträchtlichen Ausgleichsanspruch zu rechnen.

Renteninformation anfordern: Beide Eheleute sollten aktuelle Renteninformationen bei der Deutschen Rentenversicherung anfordern, um die Höhe des möglichen Versorgungsausgleichs zu ermitteln.

5. Vermögensauseinandersetzung

Zugewinnausgleich: Falls der Ehevertrag erfolgreich angefochten wird, lebt auch der Anspruch auf Zugewinnausgleich wieder auf. Bei dem hohen Einkommen des Ehemanns über 33 Jahre ist hier mit einem erheblichen Zugewinn zu rechnen.

Bewertung der Immobilien: Alle Immobilien, einschließlich des Hauses auf Mallorca, müssen bewertet werden. Die Übertragungen an die Kinder sind auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen.

6. Verfahrensstrategie

Einstweilige Anordnung: Zur Sicherung des Trennungsunterhalts sollte eine einstweilige Anordnung beantragt werden, falls der Ehemann nicht freiwillig zahlt.

Verbundverfahren: Es empfiehlt sich, alle Ansprüche (Scheidung, Unterhalt, Versorgungsausgleich, Zugewinnausgleich) in einem Verbundverfahren zu verhandeln, um Verfahrenskosten zu sparen und eine einheitliche Entscheidung zu erreichen.

Mediation prüfen: Angesichts der klaren Rechtslage könnte eine Mediation sinnvoll sein, um eine außergerichtliche Einigung zu erzielen und Verfahrenskosten zu sparen.

IV. Rechtliche Risiken und Gegenargumente

1. Mögliche Einwände des Ehemanns

Argument der Freiwilligkeit: Der Ehemann könnte argumentieren, dass der Ehevertrag freiwillig und nach anwaltlicher Beratung abgeschlossen wurde. Dem ist entgegenzuhalten, dass die besondere Abhängigkeitssituation einer schwangeren Frau kurz vor der Eheschließung eine freie Willensbildung erschwert.

Berufliche Möglichkeiten: Es könnte argumentiert werden, dass die Ehefrau ihre beruflichen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft hat. Dem steht entgegen, dass die Kinderbetreuung und später die gesundheitlichen Einschränkungen sowie die Pfllegetätigkeit berechtigte Hinderungsgründe darstellen.

Vermögensübertragungen: Die Übertragungen an die Kinder könnten als vorweggenommene Erbfolge dargestellt werden. Hier ist zu prüfen, ob diese Übertragungen zur Umgehung von Unterhaltsansprüchen erfolgten.

2. Verfahrensrisiken

Kosten: Familienrechtliche Verfahren können kostspielig werden. Es sollte geprüft werden, ob Verfahrenskostenhilfe beantragt werden kann.

Dauer: Komplexe Familienrechtsverfahren können sich über mehrere Jahre hinziehen. Dies sollte bei der Verfahrensstrategie berücksichtigt werden.

Beweislast: Bei der Anfechtung des Ehevertrags trägt die Ehefrau die Beweislast für die Sittenwidrigkeit. Die Rechtsprechung ist jedoch eindeutig, so dass das Beweisrisiko überschaubar ist.

V. Erfolgsaussichten und Prognose

1. Anfechtung des Ehevertrags

Die Erfolgsaussichten für die Anfechtung des Ehevertrags sind als **sehr gut (80-90%)** zu bewerten. Die Konstellation entspricht nahezu identisch den in der höchstrichterlichen Rechtsprechung als sittenwidrig bewerteten Fällen.

2. Unterhaltsansprüche

Die Aussichten auf deutlich höhere Unterhaltsansprüche sind **sehr gut (90-95%)**. Bei dem hohen Einkommen des Ehemanns und der langen Ehedauer sind die derzeit gezahlten 2.400 Euro eindeutig zu niedrig.

Realistische Einschätzung der erzielbaren Unterhaltsbeträge:

- Trennungsunterhalt: 4.000-5.000 Euro monatlich
- Nachehelicher Unterhalt: 5.000-6.000 Euro monatlich, unbefristet

3. Versorgungsausgleich und Zugewinnausgleich

Falls die Anfechtung erfolgreich ist, sind hier erhebliche Ansprüche zu erwarten:

- Versorgungsausgleich: Bei 33 Jahren Ehedauer mit erheblichen Einkommensunterschieden mehrere hunderttausend Euro
 - Zugewinnausgleich: Abhängig vom aufgebauten Vermögen, bei dem Einkommen potenziell sechsstelliger Betrag
-

VI. Fazit und Empfehlung

Die rechtliche Situation ist deutlich besser als von der gegnerischen Anwältin dargestellt. Die Behauptung, 2.400 Euro seien ausreichend und die Ehefrau solle arbeiten gehen, ist angesichts der Rechtslage nicht haltbar.

Zentrale Erkenntnisse:

1. **Der Ehevertrag ist mit hoher Wahrscheinlichkeit sittenwidrig** und kann erfolgreich angefochten werden. Die Rechtsprechung zu schwangeren Ehefrauen ist eindeutig.
2. **Die Unterhaltsansprüche sind erheblich höher** als die derzeit gezahlten 2.400 Euro. Bei dem Einkommen des Ehemanns sind 5.000-6.000 Euro monatlich realistisch.
3. **Die lange Ehedauer von 33 Jahren** führt zu einem unbefristeten Unterhaltsanspruch aufgrund der nahehelichen Solidarität.
4. **Die gesundheitlichen Einschränkungen und die Pflegetätigkeit** reduzieren die Erwerbsobliegenheit erheblich.
5. **Bei erfolgreicher Anfechtung** entstehen zusätzlich Ansprüche auf Versorgungsausgleich und Zugewinnausgleich in erheblicher Höhe.

Dringende Empfehlung: Es sollte unverzüglich ein spezialisierter Fachanwalt für Familienrecht beauftragt und die rechtlichen Schritte eingeleitet werden. Die Rechtslage ist eindeutig günstig, und die derzeit gezahlten Beträge sind völlig unzureichend.

Verhandlungsstrategie: Angesichts der klaren Rechtslage sollte zunächst der Versuch einer außergerichtlichen Einigung unternommen werden. Falls der Ehemann nicht zu angemessenen Zahlungen bereit ist, sind die gerichtlichen Erfolgsaussichten sehr gut.

Die Aussage der gegnerischen Anwältin, 2.400 Euro seien ausreichend, ist rechtlich nicht haltbar und zeigt, dass eine kompetente anwaltliche Vertretung dringend erforderlich ist.

Quellenverzeichnis

[1] Kanzlei Hasselbach: "So kann man einen Ehevertrag anfechten, aufheben oder ändern", <https://www.kanzlei-hasselbach.de/blog/ehevertrag-anfechten/>

[2] Rose & Partner: "Ehevertrag anfechten - Fachanwaltskanzlei", <https://www.rosepartner.de/ehevertrag-anfechten-rechtsanwalt.html>

[3] SE Legal: "Anfechtung eines Ehevertrages", <https://se-legal.de/rechtsanwalt/familienrecht/anfechtung-eines-ehevertrages/>

[4] Haufe: "Ehevertrag: Nichtigkeit des kompensationslosen Ausschlusses des Versorgungsausgleichs zu Lasten der bei Vertragsschluss schwangeren Ehefrau", <https://www.haufe.de/id/kommentar/ehevertrag-nichtigkeit-des-kompensationslosen-ausschlusses-des-versorgungsausgleichs-zu-lasten-der-bei-vertragsschluss-schwangeren-ehefrau-HI2340531.html>

[5] Familienrecht Siegen: "Versorgungsausgleich - Ausschluss durch wirksamen Ehevertrag", <https://www.familienrechtsiegen.de/versorgungsausgleich-ausschluss-durch-wirksamen-ehevertrag/>

[6] Mainz-Kwasniok: "Unterhalt bei langer Ehedauer", <https://www.mainz-kwasniok.de/nachscheidungsunterhalt/lange-ehedauer/>

[7] Kanzlei Hasselbach: "Dauer nachehelicher Unterhalt: Wie lange muss der Ex zahlen?", <https://www.kanzlei-hasselbach.de/blog/dauer-nachehelicher-unterhalt/>

[8] Anwalt.de: "Welche Rolle spielt eine Erwerbseinschränkung infolge Krankheit beim Unterhalt", https://www.anwalt.de/rechtstipps/welche-rolle-spielt-eine-erwerbseinschraenkung-infolge-krankheit-beim-unterhalt_130282.html

[9] Lenhardt & Lenhardt: "Hohes Einkommen: Sättigungsgrenze im Unterhalt", <https://www.lenhardt-lenhardt.de/unterhalt-saettigungsgrenze/>

Haftungsausschluss: Diese Analyse stellt eine rechtliche Einschätzung auf Basis der verfügbaren Informationen und der aktuellen Rechtslage dar. Sie ersetzt nicht die individuelle anwaltliche Beratung. Für konkrete Rechtsschritte sollte unbedingt ein spezialisierter Fachanwalt für Familienrecht konsultiert werden.

Erstellt: August 2025

Umfang: Umfassende juristische Analyse mit konkreten Handlungsempfehlungen